

# Obligatorische Unfallversicherung im Fürstentum Liechtenstein (UVerSG)



## Merkblatt

gültig ab 1.1.2020

### Gesetzliche Grundlage der Versicherung

---

- 1 Grundlage der Versicherung sind das Gesetz vom 28. November 1989 sowie die dazugehörigen Verordnungen. Die nachstehenden Angaben sind ein Auszug aus Gesetz und Verordnungen.

### Versicherte Personen

---

- |   |   |  |
|---|---|--|
| <b>Obligatorisch versicherte Personen</b> | 2 | Alle in Liechtenstein beschäftigten Arbeitnehmer, einschliesslich der Heimarbeiter, Praktikanten und Volontäre sowie alle Lehrlinge, müssen versichert sein. Mitarbeitende Familienglieder des Arbeitgebers sind ebenfalls obligatorisch versichert, wenn sie einen Barlohn beziehen und/oder AHV-Beiträge entrichten. Personen, die einem Nebenerwerb nachgehen oder ein Nebenamt ausüben, sind für diese Tätigkeit dann obligatorisch zu versichern, wenn auf den ausbezahlten Löhnen AHV-Beiträge erhoben werden. |
| <b>Freiwillig versicherte Personen</b>    | 3 | Aufgrund besonderer Vereinbarung können sich freiwillig versichern: in Liechtenstein wohnhafte Selbständigerwerbende und ihre nicht obligatorisch versicherten mitarbeitenden Familienglieder.   |

### Umfang des Versicherungsschutzes

---

- |  |   |   |
|--|---|---|
| <b>Versicherte Unfälle</b>   | 4 | Die Versicherungsleistungen werden bei Berufs- und Nichtberufsunfällen gewährt. Berufskrankheiten sind den Berufsunfällen gleichgestellt.   |
| <b>Teilzeitbeschäftigte</b>  | 5 | Teilzeitbeschäftigte Arbeitnehmer, deren wöchentliche Arbeitszeit bei keinem Arbeitgeber 8 Stunden oder mehr beträgt, sind nur gegen Berufsunfälle versichert. Für diese Personen gelten Unfälle auf dem Arbeitsweg ebenfalls als Berufsunfälle.  |
| <b>Beginn, Ende und Ruhen des Versicherungsschutzes für den Arbeitnehmer</b> | 6 | <p>Der Versicherungsschutz beginnt an dem Tag, an dem das Arbeitsverhältnis anfängt oder erstmals Lohnanspruch besteht, in jedem Fall aber im Zeitpunkt, da der Arbeitnehmer sich auf den Weg zur Arbeit begibt.</p> <p>Er endet mit dem Ablauf des 31. Tages nach dem Tage, an dem der Anspruch auf mindestens den halben Lohn aufhört. Als Lohn gelten auch Taggelder der obligatorischen Unfallversicherung, der Invalidenversicherung (IV), der Arbeitslosenversicherung sowie jene der Krankenversicherung, soweit sie die Lohnfortzahlung ersetzen.</p> <p>Der Versicherungsschutz ruht, solange der Versicherte einer ausländischen obligatorischen Unfallversicherung untersteht.</p> |
| <b>Abredeversicherung</b>  | 7 | Aufgrund besonderer Vereinbarung kann die Versicherung für Nichtberufsunfälle für die Dauer von höchstens 6 Monate fortgeführt werden (Abredeversicherung). Die Vereinbarung muss vor Ende des Versicherungsschutzes getroffen werden.  |

## Versicherungsleistungen

### Pflegeleistungen und Kostenvergütungen

---

- Heilbehandlung** 8 Beahlt werden die Kosten für
- Die ambulante Behandlung durch den Arzt, den Zahnarzt oder auf deren Anordnung durch einen anderen Gesundheitsberuf ausübende Person sowie durch einen Chiropraktiker und die Behandlung in einer Einrichtung des Gesundheitswesens;
  - Die vom Arzt oder Zahnarzt verordneten Arzneimittel und Analysen;
  - Die Behandlung, Verpflegung und Unterkunft in der allgemeinen Abteilung einer Heilanstalt;
  - Die ärztlichen verordneten Nach- und Badeskuren;
  - Die der Heilung dienlichen Arzneimittel und Heilvorrichtungen.
- Heilbehandlung im Ausland** 9 Für eine notwendige Heilbehandlung im Ausland wird dem Versicherten höchstens der doppelte Betrag der Kosten vergütet, die bei der Behandlung in Liechtenstein oder in einer Liechtenstein nächstgelegenen Heilanstalt entstehen.
- Hauskrankenpflege** 10 Bei der ärztlich angeordneten Hauskrankenpflege durch Personen der Hauskrankenpflege oder andere Personen der Gesundheitspflege sind die Kosten für Grundpflege und Behandlungspflege gedeckt.
- Hilfsmittel** 11 Der Versicherte hat Anspruch auf die Hilfsmittel, die körperliche Schädigungen oder Funktionsausfälle ausgleichen (z.B. Prothesen).
- Sachschäden** 12 Vergütet werden die durch den Unfall verursachten Schäden an Hilfsmitteln, die einen Körperteil oder eine Körperfunktion ersetzen (z.B. Schäden an bestehenden Prothesen). Für Brillen, Hörapparate und Zahnprothesen besteht ein Ersatzanspruch nur, wenn eine behandlungsbedürftige Körperschädigung vorliegt.
- Reise-, Transport- und Rettungskosten** 13 Vergütet werden die notwendigen Rettungs- und Suchkosten sowie die medizinisch notwendigen Reise- und Transportkosten.
- Im Ausland entstehende Kosten werden bis zu 20 % des Höchstbetrages des versicherten Jahresverdienstes vergütet.
- Leichentransporte** 14 Vergütet werden in der Regel die notwendigen Kosten für die Überführung der Leiche an den Bestattungsort.
- Bestattungskosten** 15 Die Bestattungskosten werden vergütet, soweit sie das Siebenfache des Höchstbetrages des versicherten Tagesverdienstes nicht übersteigen.

### Taggeld

---

- Anspruch und Höhe** 16 Ist der Versicherte infolge des Unfalls voll oder teilweise arbeitsunfähig, so hat er Anspruch auf ein Taggeld.
- Das Taggeld wird vom 2. Tag nach dem Unfalltag an für jeden Kalendertag ausgerichtet. Es beträgt bei voller Arbeitsunfähigkeit 80 % des versicherten Verdienstes, bei teilweiser Arbeitsunfähigkeit entsprechend weniger.

### Invalidenrente

---

- Anspruch und Höhe** 17 Wird der Versicherte infolge des Unfalls invalid, so hat er Anspruch auf eine Invalidenrente. Sie beträgt bei Vollinvalidität 80 % des versicherten Verdienstes, bei Teilinvalidität entsprechend weniger.
- Hat der Versicherte Anspruch auf eine Rente der IV oder auf eine Rente der Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV), so wird ihm eine Komplementärrente gewährt, welche die IV- bzw. AHV-Rente bis auf 90 % des versicherten Verdienstes ergänzt; höchstens wird aber der sich für Voll- oder Teilinvalidität ergebenden Betrag ausgerichtet.
- 18 Ändert sich der Invaliditätsgrad des Rentenbezügers erheblich, so wird die Rente für die Zukunft entsprechend erhöht, herabgesetzt oder aufgehoben.

## Integritätsentschädigung

---

- Anspruch**                      **19**    Erleidet der Versicherte durch den Unfall eine dauernde erhebliche Schädigung der körperlichen oder geistigen Integrität, so hat er Anspruch auf eine angemessene Integritätsentschädigung in Form einer Kapitalleistung.

## Hilfslosenentschädigung

---

- Anspruch**                      **20**    Bedarf der Versicherte wegen der Invalidität für die alltäglichen Lebensverrichtungen dauernd der Hilfe Dritter oder der persönlichen Überwachung, so hat er Anspruch auf Hilfslosenentschädigung.

## Hinterlassenenrenten

---

- Anspruch**                      **21**    Stirbt der Versicherte an den Folgen des Unfalls, so haben der überlebende Ehegatte und die Kinder im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen Anspruch auf Hinterlassenenrenten.

- Höhe der Renten**            **22**    Die Hinterlassenenrenten betragen vom versicherten Verdienst
- für Witwen und Witwer 40 %
  - für Halbwaisen 15 %
  - für Vollwaisen 25 %
- für mehrere Hinterlassene zusammen höchstens 70%. Haben die Hinterlassenen Anspruch auf Renten der AHV oder IV, so wird ihnen gemeinsam eine Komplementärrente gewährt, welche die AHV-, bzw. IV-Rente bis auf 90 % des versicherten Verdienstes ergänzt, höchstens wird aber der sich nach vorstehender Skala ergebende Betrag ausgerichtet.

## Versicherter Verdienst

---

- Höchstbetrag**                **23**    Taggelder und Renten werden nach dem versicherten Verdienst bemessen. Als versicherter Verdienst gilt der für die AHV massgebende Lohn von höchstens CHF 148 200.– pro Person und Jahr bzw. durchschnittlich CHF 406.– pro Tag (Stand 2017).

## Anpassung an die Teuerung

---

- 24**    Die Renten werden in der Regel alle zwei Jahre nach Massgabe des Landesindex der Konsumentenpreise an die Teuerung angepasst.

## Kürzung und Verweigerung von Versicherungsleistungen

---

- Zusammentreffen verschiedener Schadenursachen Schuldhafter Herbeiführung des Unfalls**                      **25**    Die Invalidenrenten, Integritätsentschädigungen und Hinterlassenenrenten werden angemessen gekürzt, wenn die Gesundheitsschädigung oder der Tod nur teilweise die Folge des Unfalls ist.

- 26**    Hat der Versicherte den Gesundheitsschaden oder den Tod absichtlich herbeigeführt, so besteht kein Anspruch auf Versicherungsleistungen, mit Ausnahme der Bestattungskosten.

Hat der Versicherte den Unfall grobfahrlässig herbeigeführt, so werden die Geldleistungen (Taggeld, Renten sowie Integritäts- und Hilfslosenentschädigungen) gekürzt oder in besonders schweren Fällen (Verbrechen, Vergehen) verweigert.

Hat ein Hinterlassener den Tod des Versicherten absichtlich herbeigeführt, so hat er keinen Anspruch auf Geldleistungen.

Hat ein Hinterlassener den Tod des Versicherten grobfahrlässig herbeigeführt, so werden die ihm zukommenden Geldleistungen gekürzt; in besonders schweren Fällen können sie verweigert werden.

## Aussergewöhnliche Gefahren

- 27** Sämtliche Versicherungsleistungen werden verweigert für Unfälle, die sich im ausländischen Militärdienst sowie bei der Teilnahme an kriegerischen Handlungen, Terrorakten und bandenmässigen Verbrechen ereignen.
- Die Geldleistungen werden mindestens um die Hälfte gekürzt für Unfälle, die sich ereignen bei:
- a) Beteiligung an Raufereien und Schlägereien, es sei denn, der Versicherte sei als Unbeteiligter oder bei Hilfeleistung für einen Wehrlosen durch die Streitenden verletzt worden.
  - b) Gefahren, denen sich der Versicherte dadurch aussetzt, dass er andere stark provoziert;
  - c) Teilnahme an Unruhen
- 28** Bei Nichtberufsunfällen, die auf ein Wagnis zurückgehen, werden die Geldleistungen um die Hälfte gekürzt und in besonders schweren Fällen verweigert. Wagnisse sind Handlungen, mit denen sich der Versicherte einer besonders grossen Gefahr aussetzt, ohne die Vorkehrungen zu treffen oder treffen zu können, die das Risiko auf ein vernünftiges Mass beschränken. Rettungshandlungen zugunsten von Personen sind indessen auch dann versichert, wenn sie an sich als Wagnisse zu betrachten sind.

## Vorgehen bei einem Unfall

---

### Unfallmeldung

- 29** Der Verunfallte oder seine Angehörigen müssen dem Arbeitgeber oder dem Versicherer den Unfall unverzüglich melden. Der Arbeitgeber hat dem Versicherer unverzüglich Mitteilung zu machen, sobald er erfährt, dass ein Versicherter einen Unfall erlitten hat.

### Folgen bei Versäumnis der Unfallmeldung

- 30** Versäumen der Versicherte oder seine Hinterlassenen die Unfallmeldung in unentschuldbarer Weise, so kann der Versicherer einzelne oder alle Leistungen für die Dauer des Versäumnisses oder generell um die Hälfte kürzen oder – bei absichtlich falscher Unfallmeldung – ganz verweigern.

Unterlässt der Arbeitgeber die Unfallmeldung auf unentschuldbarer Weise, so kann er vom Versicherer für die daraus entstehenden Kostenfolgen haftbar gemacht werden.

### Ärztliche Untersuchung

- 31** Der Versicherte hat sich auf Kosten des Versicherers den von diesem angeordneten ärztlichen Untersuchungen

## Prämien

---

### Prämienpflicht

- 32** Die Prämie für die obligatorische Versicherung für Berufsunfälle und Berufskrankheiten trägt der Arbeitgeber.

Die Prämie für die obligatorische Versicherung der Nichtberufsunfälle gehen zu Lasten des Versicherten. Abweichende Vereinbarungen zugunsten des Arbeitnehmers bleiben vorbehalten.

Der Arbeitgeber schuldet den gesamten Prämienbetrag. Er zieht den Anteil des Arbeitnehmers vom Lohn ab.

### Fälligkeit Zahlungsfrist

- 33** Die Prämie ist pro Versicherungsjahr festgesetzt und im Voraus auf den in der Police genannten Zeitpunkt zur Zahlung fällig. Die Zahlungsfrist für Prämien beträgt ein Monat nach Fälligkeit. Wird die Zahlungsfrist nicht eingehalten, so wird nach Ablauf dieser Frist zu Lasten des Arbeitgebers ein Verzugszins von einem halben Prozent pro Monat erhoben.

### Prämienabrechnung

- 34** Zu Beginn des Versicherungsjahres ist die in der Police festgesetzte vorläufige Prämie zu entrichten. Die Berechnung der endgültigen Prämie erfolgt am Ende des Versicherungsjahres aufgrund der vom Versicherungsnehmer zu liefernden Angaben. Die Prämienabrechnung erfolgt aufgrund des AHV-pflichtigen Lohns, soweit er den Höchstbetrag des versicherten Verdienstes nicht übersteigt. Weitere Einzelheiten sind dem Lohndeklarationsformular zu entnehmen. Sofern eine Pauschalprämie vereinbart wurde, entfällt die Abrechnung. Der Versicherungsnehmer ist in diesen Fällen trotzdem verpflichtet, Lohnaufzeichnungen zu führen. Der Versicherer hat das Recht, die Angaben des Versicherungsnehmers durch Einsichtnahme in sämtliche massgeblichen Unterlagen (Lohnaufzeichnungen, AHV-Abrechnungen usw.) zu überprüfen.

## Unfallverhütung

---

- Gesetzliche Vorschrift** 35 Das Gesetz sieht Vorschriften über die Verhütung von Unfällen und Berufskrankheiten vor.
- Pflichten der Arbeitgeber und Arbeitnehmer** 36 Der Arbeitgeber hat unter Mitwirkung der Arbeitnehmer den gegebenen Verhältnissen angepasste Massnahmen zu treffen. Die Arbeitnehmer sind insbesondere verpflichtet, persönliche Schutzausrüstungen zu benützen und vorhandene Sicherheitseinrichtungen zu gebrauchen.

## Übertritt in die Einzelversicherung

---

- Übertrittsrecht** 37 Bei Ausscheiden aus der gesetzlichen Unfallversicherung hat der einzelne im Fürstentum Liechtenstein oder in der Schweiz wohnende Versicherte das Recht, in die Einzelunfallversicherung überzutreten. Die Versicherungsleistungen, welche den jeweiligen Einkommensverhältnissen anzupassen sind, werden im Rahmen der Tarife und Bedingungen der Einzelunfallversicherung garantiert.
- Das Gesuch um Weiterführung der Versicherung muss spätestens 31 Tage nach dem Ausscheiden aus dem Betrieb beim Versicherer ihres Arbeitgebers gestellt werden.